

**Antrag**

öffentlich

Datum	Nummer
24.09.2021	A0206/21

Absender

**SPD-Stadtratsfraktion**

Adressat

Vorsitzender des Stadtrates  
Prof. Dr. Alexander Pott

Gremium

Sitzungstermin

Stadtrat

07.10.2021

Kurztitel

**Neues Bundesrecht für mehr Verkehrssicherheit, Lärmschutz und Lebensqualität in den Stadtteilen**

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Der Stadtrat stellt fest, dass ein anhaltendes Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger nach mehr Verkehrssicherheit, Lärmschutz und Lebensqualität in den Stadtteilen besteht.
2. Der Stadtrat kritisiert, dass aufgrund der aktuellen Rechtslage oftmals konkrete Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung nicht umgesetzt werden können.
3. Der Stadtrat spricht sich für eine bundesgesetzliche Neuregelung aus, nach der Verkehrssicherheit, Lärmschutz und Lebensqualität bei der Regelung des Verkehrs gleichwertige Kriterien sind. Darin sollen kommunale Entscheidungen über die städtebauliche Gestaltung der einzelnen Stadtteile einfließen.
4. Der Stadtrat appelliert an den Deutschen Städtetag, sich auf Bundesebene für diese Belange einzusetzen.
5. Der Stadtrat fordert die Landesregierung auf, bereits jetzt vorhandene Ermessensspielräume besser zu nutzen.

**Begründung:**

Der Bundesgesetzgeber hat mit der Änderung der StVO die Anordnung von Tempo 30 vor sozialen Einrichtungen erleichtert. In der Praxis wird das in Magdeburg jedoch nur selten realisiert. Grund ist u.a. die Auslegung der StVO durch die Verkehrsbehörden, nach der der Verkehrsfluss Hauptkriterium für die Einschätzung der jeweiligen Situation ist.

An vielen Stellen, nicht nur in Magdeburg, ist aufgrund gestiegener Verkehrsströme in den letzten Jahren das Bedürfnis nach mehr Lebensqualität, Lärmschutz und Verkehrssicherheit in den Quartieren gestiegen. Es sollte ein bundesrechtliches Instrumentarium geschaffen werden, das diese Kriterien auf der Grundlage der Einschätzung in den Kommunen in die Regelung von Verkehren einfließen.

Jens Rösler  
Fraktionsvorsitzender  
SPD-Stadtratsfraktion